Nummer 10 — Saarbrücken, den 6. März 1926 — 7. Jahrgang

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für Habitüelenabonnenten 3.— Frs. monatlich ohne Botenlohn, für Postabonnenten 9.— Frs. vierteljährlich

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen": Saarbrücken 2, St. Johannerstraße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1062, 2903, 3194.

„Einst und Jetzt"

In der letzten Nummer wiesen wir auf das unter vorstehendem Titel erschienene Büchlein des Kollegen Kreil hin. Den Inhalt desselben kennzeichneten wir in kurzen Strichen und schickten die Bemerkung voraus, daß wir Menschenkinder allzu vergeßlich seien und den Blick fast ausschließlich auf die gegenwärtig uns drückenden Verhältnisse richteten. Bei dieser Einstellung kommt es nun dazu, daß man allzu leicht die aufsteigende Linie übersieht, die die Arbeiterschaft doch im Laufe der Jahre durch die gewerkschaftliche Tätigkeit nehmen konnte. So macht sich bei vielen gewerkschaftliche Unlust bemerkbar, weil trotz gewerkschaftl. Arbeit des Lebens Not uns schwer drückt. Dieser Zustand bedeutet für die Arbeiterschaft eine große Gefahr. Erlahmt sie selbst in ihrem Zielstreben, bekundet sie nicht weiterhin Ausdauer, Beharrlichkeit und Opferwilligkeit, dann wird sie totsicher wieder abwärts in die alten Zustände sinken. Da ist es sehr angebracht, daß wir aus eigenem Erleben heraus frühere Zustände ins Gedächtnis zurückrufen, damit wir die Kraft wieder finden, für unsere Sache zu streiten und zu leiden. Bei der Lektüre dieser Ausführungen werden den älteren Kameraden eigene Erlebnisse einfallen, die es ihnen dann erleichtern, gemessen an heutigen Errungenschaften, die Nützlichkeit des gewerkschaftlichen Wirkens klarer zu erkennen. Und die Jugend wird feststellen können, was sie der gewerkschaftlichen Opferwilligkeit der älteren Kameraden zu danken hat und was es zu verlieren gilt, wenn sie nicht zur Erkennung der gewerkschaftlichen Notwendigkeiten sich durchringt.

*

Es war in meiner Jugendzeit, als wir um den flackernden Windofen sitzend die Mutter zum Erzählen aufforderten. Und wie es da mit der Fragerei so geht, frugen wir immer wieder nach dem Großvater, den wir Enkelkinder nicht mehr kennen lernten, weil er in der Mutter jungen Jahren gestorben war. Und da erzählte sie, daß ihr Vater ein tüchtiger Bergmann gewesen sei, der immer in Querschlägen und Schächten gearbeitet habe. Morgens um 5 Uhr sei er von Hause fort und abends um 7 Uhr erst wieder gekommen, da er zwölf Stunden hätte arbeiten müssen. Todmüde sei er dann umgesunken. Gewöhnlich hätte er auch des Sonntags noch arbeiten müssen, zwecks Vornahme einer Schachtreparatur, aber auch getrieben von dem Gedanken, den kärglichen Lohn zu vermehren, der nicht ausgereicht habe, die Familie zu ernähren. Wasserdichte Schachtkleider habe es nicht gegeben und so sei denn der Vater im Winter mit steif gefrorenen Kleidern nach Hause gekommen. Eine Waschlaue sei ebenfalls etwas unbekanntes gewesen. Die schwere Arbeit, die lange Arbeitszeit, das knappe Leben und die Wirkungen der Winterkälte auf den erhitzten, aber in nassen Kleidern steckenden Körper hätten dann den Vater früh unter die Erde gebracht . . . So war es in meiner Jugendzeit noch im Bergbau an der Saar. Es brach dann der große Kampf der Jahre von 1889/92 an, wo durch die Solidarität der geknechteten Bergleute die verkürzte Arbeitszeit und einige Rechte erstritten wurden. Wenn wir unsere Verhältnisse heute mit denen vergleichen, die meine Mutter schilderte und ich in der Jugend noch miterleben konnte, dann können wir nur in heißer Dankbarkeit der Männer gedenken, die durch gewerkschaftlichen Opferwillen der Tyrannei im Bergbau, insbesondere der unmenschlichen Arbeitszeit, ein Ende bereiteten.

*

Ich kam mit 13½ Jahren aus der Schule. Zehn Kinder zählte der Haushalt. Der älteste Bruder war beim Militär. Neben dem Vater, dessen Verdienst gering war, arbeitete nur noch eine Schwester in der Fabrik. Da war Schmalhans Küchenmeister. An die Erlernung eines Handwerks oder gar an Studium war nicht zu denken. Mit Tränen in den Augen schickte meine Mutter mich auf die Arbeitssuche. Bei Maurermeister klopfte ich an. Weil ich denen zu schwach erschien, winkten sie ab. Aber Arbeit mußte ich haben. So landete ich am zweiten Tage nach der Schulentlassung in einer Glasfabrik. Um 0,70 Mark pro Schicht zu verdienen, mußte ich zwölf Stunden arbeiten, obschon das für noch nicht Vierzehnjährige verboten war. Jede Woche war Wechselschicht. Wenn man dann im Sommer vor dem heißen Glasofen zwölf Stunden auf Nachtschicht zugebracht hatte, fiel man Morgens wie tot ins Bett. Und das Essen schmeckte nicht wegen der Ueberanstrengung des jungen Körpers. Man blieb im Wachstum zurück und mußte den Spott der besser Situierten hinnehmen. Groll und Bitternis fraßen da in der jungen Seele. Nur der Gedanke hielt einen aufrecht und gläubig, daß die Eltern eine kleine Hilfe hatten, deren Lebensweg so schwer und dornig war und ihn trotzdem mit Gottvertrauen und bewundernswürdiger Stärke gingen. Aber der Wille wuchs in mir, die Arbeiter aufzurufen zum Kampfe für ein besseres Los. Und der Kampf wurde geführt und brachte große Erfolge.

Wo ist heute noch der junge Mensch, der zwölf und mehr Stunden des Nachts vor glühenden Ofen gespannt ist?! Vorbei sind die Zeiten einer wirklichen Industrie-Sklaverei. Wer hat diese Zustände beseitigt? Nur die Gewerkschaftsbewegung. Diese Zustände kommen wieder, wenn wir nicht treu in der Gewerkschaftsbewegung zusammenstehen. Nur durch Selbsthilfe sichern wir das Erreichte und bahnen wir den Weg zum weiteren Fortschritt.

*

Waren die Arbeiter früher im wirtschaftlichen Leben nur Nummern, dann erst recht im politischen Leben. Als Stimmvieh galten sie. In meiner Heimatsgemeinde herrschten noch lange nach der Jahrhundertwende die Grubenbeamten im Gemeindeparlament. Und im Kreistage hätte es als Entweihung dieser Körperschaft gegolten, wenn ein Arbeiter da vertreten gewesen wäre. Diese Zustände empfanden wir als eine Schmach. Vollberechtigte Staatsbürger wollten wir sein. Demgemäß gingen wir vor. Aber wir hatten die Rechnung ohne die Gruben- und Hüttengewaltigen gemacht. Wer in einer Versammlung der Gerechtigkeit das Wort redete und eine den Arbeitern gebührende Vertretung im Gemeindeparlament verlangte, wurde andern Tages zum Obersteiger bestellt, der gleichzeitig auch Ortsvorsteher war und von diesem zur Rechenschaft gezogen. Wer sich nicht dessen Willen fügte, flog auf die Bergehalde. Wenn das noch nicht zog, flog er zum Betrieb hinaus und konnte zusehen, wie er wieder Arbeit fand; denn diese war im Saargebiet durch die schwarzen Listen verriegelt. Mancher mußte die Heimat verlassen, um in der Ferne sein Brot zu suchen. Ist es heute nicht anders? Wer hat das geschaffen? Nur die gewerkschaftliche Solidarität, die auch auf politischem Gebiete dem Arbeiter zur persönlichen Freiheit verhalf.

*

Der Beispiele könnten Hunderte angeführt werden. Aber es genügt für heute mit den angeführten. Sie zeigen uns recht klar und eindringlich, daß die Arbeiterschaft gegenüber früher doch viel gewonnen hat. Das wissen wir auch, daß des Lebens Last die Arbeiterschaft auch heute noch sehr schwer drückt. Zu dieser Last kämen aber noch all die widrigen Verhältnisse, unter denen früher die Arbeiterschaft litt. Wenn das Los des Arbeiterstandes ein leichteres geworden und die Arbeiterschaft persönlich freier ist, dann nur dank der gewerkschaftlichen Arbeit. Daß diese Arbeit auch weiterhin fruchtbar bleibt, liegt nur an den Arbeitern selbst. Möge der Wille zu fruchtbarer Arbeit aus der kurzen Vergleichsziehung neue Stärkung erfahren!

*

Nachklänge zur Knappschaftsältestenwahl

Gar mancher Hühnerhalter hat es schon mit erlebt, daß ein Huhn sich bei seiner Herde durchfüttert, aber seine Eier in das Nest des Nachbarn trägt. Man ist darüber sehr erbost, sucht ihm das „Fremdmachen" abzugewöhnen, wobei es bei einem event. Mißerfolg für die Familie „Huhn auf Reis" als Mahlzeit gibt.

Solche irritierten Legehühner hatte der Gewerkverein bei der letzten Aeltestenwahl eine ganze Menge gehabt. Es soll gar nicht bestritten werden, daß unser Nachbar (alter Verband) auch solche Exemplare unter seiner Herde hatte, aber die Zahl derer war beim Gewerkverein bedeutend größer. Es wird daher gut sein, nach den Ursachen zu forschen, um die Frage zu beantworten: Warum ein Teil unserer Mitglieder die Gegenkandidaten gewählt hat. Sie dürften in Folgendem zu suchen sein:

1. In dem noch vorhandenen Glauben an den Radikalismus;
2. Mangel an Pflichtgefühl und Disziplin;
3. Gruppenbildung und Intrigenspiel in den Zahlstellen;
4. persönliche Beziehungen zu den Kandidaten.

Viele unserer Kameraden sind sich der Bedeutung einer sozialen Wahl nicht ganz bewußt. Sie sind auch zu leichtgläubig und glauben, daß dort, wo am weitesten das Maul aufgerissen wird, auch die wärmsten Herzen für eine Sache schlagen. Hänge der Erfolg einer Sache von radikalen Reden ab, müßte der Gewerkverein sich anders einstellen. Oder ist irgendwo doch einer, der mir den geringsten Erfolg des Radikalismus aufweisen kann! Seien wir doch mal jenseits des Rheins, dort hat man zwar noch Angst vor dem Radikalismus, aber keinen Glauben mehr an ihn. Um die Arbeiterschaft vor weiterem Schaden und Enttäuschungen zu bewahren, bekämpft man — mit Ausnahme der Verehrer russischer Zustände — den Radikalismus aufs schärfste. Nicht Radikalismus sondern Sachlichkeit und tatkräftige Energie muß die Aeltesten des Gewerkvereins auszeichnen.

In einigen Zahlstellen ist das Mandat von einigen Gruppen umstritten. Vor der Aufstellung arbeitet man im stillen gegeneinander, wobei die unterlegene Seite nicht mehr den Mut aufbringt, seinen angeblichen Gegner zu wählen, sondern aus Schadenfreude den Kandidat einer anderen Organisation wählt. Daß die Wahlen ein Bekenntnis zu unserem Programm und ein Ausdruck unserer Stärke sind, wird gar nicht beachtet. Mit diesen Zuständen muß in den einzelnen Ortsgruppen gehörig aufgeräumt werden. Eine Zahlstelle darf kein Reich sein, das wider sich selbst uneins ist.

Die Außenseiter, die es fertig bringen, einem Gegenkandidaten die Stimme zu geben, wissen gar nicht, was sie ihrer Organisation schuldig sind. Sie glauben, mit Beitragszahlen sei alles erledigt. Sie vergessen, daß die Stimmabgabe ein Bekenntnis zu unserem Programm ist. Wenn man auch geschlossen einen Kampf gegen das Unternehmertum führt, so darf das keine Harmoniedusel bei Wahlen im Gefolge haben. Wahlen sind eine Prestigefrage für die Organisation. Wenn zwei um einen Preis ringen, sagt keiner, es' ist einerlei, wer gewinnt, sondern jeder setzt sein Alles daran, den Sieg zu erringen. Einen solchen Willensaufwand muß auch jeder Gewerkschaftler bei wichtigen Entscheidungen aufbringen. Vor und bei Aufstellung der Kandidaten ist Zeit genug zum Reden; hat dann die Mehrheit entschieden dann hat sich die Minderheit zu fügen, Disziplin zu wahren, alles Persönliche zurückzustellen und geschlossen für den Kandidaten einzutreten.

Als letzte Ursache wären noch die persönlichen Beziehungen zu dem Kandidaten zu nennen. Knappschaftswahlen waren in früheren Jahren vielfach Familienwahlen, und sind es hier und da bis heute noch. Man glaubt bei derartigen Wahlen müsse man verwandtschaftliche Beziehungen den gewerkschaftlichen voranstellen. Ganz gewiß sollen gute verwandt-

schaftliche Beziehungen nicht gestört werden, sie müssen aber gegenüber den gewerkschaftlichen zurücktreten. Es gibt so viel Gelegenheiten, wo man sich als guter Verwandter zeigen kann, so daß es sich auf eine Wahluntersitzung ganz gut verzichten läßt. Ganz richtig sagte ein Kamerad in einer Versammlung: „Ich stehe ganz gut mit meinem Bruder, aber ich kann ihn als Gegenkandidat nicht wählen, weil meine Stimme der Sache und nicht der Person gehört. Unsere Freundschaft wird dadurch nicht gestört." Vielfach sind auch die Beziehungen der Aeltesten zu den Versicherten nicht ohne Einfluß. Der Knappschaftsälteste erledigt die Geschäfte zwischen Verwaltung und Versicherten. Er verhilft mal zu einer Unterstützung, macht mal ein Gesuch usw. Das ist seine Pflicht als Knappschaftsältester. Das Verhältnis zwischen dem Aeltesten und den Mitgliedern soll ein Gutes sein, einerlei welcher Richtung er angehört. Nur sollen unsere Mitglieder daraus keine Verpflichtungen ableiten, einen Gegenkandidaten zu wählen. Es ist in einigen Sprengeln so offensichtlich geschehen, daß sich die Gegner darüber lustig machen konnten. Es wäre eine Unterlassungssünde, wollte man nicht unsere Aktivseite beleuchten. Der Gesamtausgang der Wahl war für unseren Gewerkverein ein Erfolg gegenüber der letzten Wahl. Geradezu glänzend war der Ausgang für unsere Angestelltengewerkschaften. Von neun Mandaten haben sie acht errungen. An der Pflichttreue und an der Disziplin sollen sich unsere Außenseiter ein Beispiel nehmen. Streben wir danach, bei der nächsten Wahl diesem Beispiel zu folgen. Sk.

■

Erste Generalversammlung des Saar-Knappschaftsvereins

I.

Am 26. und 27. Februar fand die erste Generalversammlung des Saar-Knappschaftsvereins statt. Sie hatte grundlegende Arbeit zu leisten. Galt es doch, die Konstituierung des ab 1. Januar d. Js. ins Leben getretenen Vereins vorzunehmen. Die Generalversammlung als oberste Instanz hatte dem Verein den Vorstand und die Satzungen zu geben. Der vorläufige kombinierte Vorstand, der sich aus Vertretern aller im Saar-Knappschaftsverein aufgegangenen Knappschaftsvereine des Saarbergbaues zusammensetzte, hatte die Satzungsgrundlagen in fleißiger Arbeit ausgearbeitet. Allerdings entsprachen diese nicht in allen Teilen den Wünschen der Versicherten und den vorliegenden Notwendigkeiten. Dieserhalb hatten die beteiligten Organisationen wichtige Abänderungsanträge gestellt, über die es zu entscheiden galt. Da beim Niederschreiben dieser Zeilen die Generalversammlung noch tagte, beschränken wir uns auf die Tätigkeit der Generalversammlung am ersten Tage.

Die Generalversammlung, die im Johannishof in Saarbrücken tagte, wurde am Freitag, den 26. Febr., vormittags 9 Uhr, eröffnet. Anwesend waren von Arbeitgeberseite: der frühere Vors. des Saarbrücker Knappschaftsvereins, Herr Direktor Massing und Herr Direktor Delmer; von Seiten der Verwaltung: der Direktor des Saar-Knappschaftsvereins, Herr Bergassessor Kredel, Herr Oberamtmann Susewind und Herr Inspektor Märker; von Seiten der Versicherten 170 Knappschaftsälteste der Arbeiter (drei fehlten, von denen sich zwei durch Vollmachten vertreten ließen), 9 Knappschaftsälteste der Angestellten, die beiden Vertrauensmänner beim Saar-Knappschaftsverein Gärtner (Gewerkverein) und Hoffmann (alter Verband) und Vertreter der beteiligten Organisationen, darunter Kamerad Michely vom Gewerkverein.

In der Freitagsitzung wurde der erste Vorstand gewählt, und zwar auf Grund der Satzungsbestimmungen, die der vorläufige Vorstand einstimmig angenommen und die die Genehmigung des Saar-Oberbergamtes gefunden hatten. Es lagen drei Vorschlagslisten vor, und zwar zwei der Arbeitergruppe und eine der Angestelltengruppe. Die frei organisierte Angestelltengruppe verbunden mit den Steigerleuten konnte keine Liste einreichen, weil sie nur über einen Aeltesten verfügt.

Der gewählte Vorstand:

Nach den geltenden Bestimmungen waren von Versichertenseite 11 Vorstandsmitglieder zu wählen: 9 Arbeiter- und 2 Angestelltenvertreter. Von den abgegebenen Stimmen der Arbeitervertreter entfielen auf

Liste 1 (Gewerkverein christl. Bergarbeiter) 70,
Liste 2 (Verband der Bergarbeiter) 102.

Von den abgegebenen Stimmen der Angestelltenvertreter entfielen auf die Liste der christlichen Angestellten verbunden mit den Fördermaschinisten acht Stimmen.

Da bei dieser Wahl das Verhältnissystem gilt, erhielt der Gewerkverein vier, der alte Verband fünf und die für sich wählende Angestelltengruppe zwei Mandate (christliche Richtung). Als gewählt gelten:

Liste 1 (Gewerkverein):

1. Johann Reiß, Knappschaftsältester, Marpingen.
2. Jakob Michely, Gewerkschaftssekretär, Altenkessel.
3. Daniel Klein, Knappschaftsältester, Jägersburg.
4. Philipp Schmitt-Koch, Knappschaftsältester, Püttlingen.

Ersatzleute:

1. Johann Peter Recktenwald, Knappschaftsältester, Urexweiler.
2. Karl Germann, Gewerkschaftssekr., Neunkirchen.
3. August Jäger, Knappschaftsältester, Mittelbexbach.
4. Johann Arweiler, Knappschaftsältester, Derlen.

Liste 2 (Bergarbeiterverband):

1. Peter Michaely, Gewerkschaftssekretär, Sulzbach.
2. Adolf Mäsch, Knappschaftsältester, Wiebelskirchen.
3. Jakob Weißgerber, Knappschaftsältester, Saarwellingen.
4. Johann Treitz, Knappschaftsältester, Wedern.
5. Philipp Wagner, Knappschaftsältester, Burbach.

Ersatzleute:

1. Karl Amann, Gewerkschaftssekretär, St. Ingbert.
2. Heinrich Felzen, Knappschaftsältester, Jägersfreude.
3. J. Jakob Schmidt, Knappschaftsältester, Hangard.
4. Peter Lichter, Knappschaftsältester, Schwalbach.
5. Matthias Hammes, Knappschaftsältester, Weißkirchen.

Liste der Angestellten (christl. Richtung):

1. Joh. Jakob Kratz, Geschäftsführer, Neunkirchen.
2. Peter Bonaventura, Büroassistent, Heiligenwald.

Ersatzleute:

1. Fritz Weiß, Vorsitzender der Fördermaschinisten, Ottenhausen.
2. J. Peter Schmitt, Geschäftsführer, Saarbrücken.

Hervorzuheben gilt noch, daß zum ersten Male in der Geschichte des saarländischen Knappschaftswesens Vertreter der Gewerkschaften in den Vorstand gewählt werden konnten. Die Möglichkeit dazu wurde durch die neue Knappschaftsordnung geschaffen, und zwar gemäß den Forderungen der Bergarbeiterorganisationen. Dieser Fortschritt ist zu begrüßen; tragen doch die Gewerkschaften mit die Verantwortung für das Knappschaftswesen, weshalb es nicht mehr wie recht und billig ist, daß sie auch im Vorstande und in der Verwaltung vertreten sind.

■

Nochmals: Zur Frage der Grubensicherheit im Steinkohlenbergbau

In der Nr. 8 des Saar-Bergknappen vom 20. 2. 26 ist das Ergebnis der „Ersten Sitzung des Kohlenstand und Schlagwetterausschusses" wiedergegeben. An einzelne Punkte dieser Darstellung müssen wir einige Betrachtungen knüpfen, zunächst einmal, weil sie von allgemeinen bergmännischen Gesichtspunkten aus gewisser Erläuterung bedürfen, dann aber auch, weil für das Saargebiet einiges Charakteristisches herausgeschält und hervorgehoben werden muß.

Es heißt in den Ausführungen: „Allgemein wurde seitens der Ausschußmitglieder der Kontrolle durch die Wettermänner größere Bedeutung beigelegt" und Dr. Beyling führte aus „Die Wettermänner müßten besonders die Vorrichtungsbetriebe gut kontrollieren und vorhandene Schlagwetter zur Anzeige bringen." Die Tätigkeit und genaue Kontrolle durch gut ausgebildete Wettermänner kann nicht scharf genug betont werden. Sie sind nicht nur von größerer, sondern von allergrößter Bedeutung. Aus dem Bericht geht hervor, daß von Gewerkvereinsseite darauf hingewiesen wurde, daß den Wettermännern auch die nötige Zeit zu einer genauen Kontrolle gelassen werden müsse. In der Praxis sind hier im Saarrevier die von einem Wettermann zu befahrenden Reviere viel zu groß, als daß er einzelne Punkte mit ausgesuchter Aufmerksamkeit kontrollieren könnte. Er muß sich vielfach zu flüchtig durch die Betriebspunkte hindurch begeben, um wieder zeitig mit seiner Meldung beim Abteilungssteiger über Tage zu sein. Trifft er bei seiner Befahrung irgendwo Schlagwetter, so wird er sofort Mittel und Wege ergreifen, diese zu beseitigen, d. h. durch Verstärken des Wetterstromes manchmal auch durch Ausfüllen der Hohlräume, in denen die vielleicht geringe Ansammlung sich befindet, einen Zustand herbeiführen, der ihn mit einigermaßen gutem Gewissen ein „Schlagwetterfrei" konstatieren läßt. Sich längere Zeit beobachtend an der zweifelhaften Stelle aufzuhalten, ist ihm nicht möglich, da er ja nun wieder das Versäumte einholen muß. Was sich nun nach seinem Fortsein an der fragl. Stelle, die durch das einmalige Auftreten von Schlagwettern schon zur besonderen Aufmerksamkeit Veranlassung gab, eintrat, kann er nicht wissen. Nun zu der Meldung der Schlagwetter über Tage. Jeder Bergmann weiß, daß der Wettermann und der direkte Betriebsbeamte (der Steiger) nur ungern und nur in nicht zu umgehenden Fällen Schlagwetteransammlungen zur Meldung gebracht wissen will. Warum das? Weil es eine Reihe höherer Vorgesetzter gibt, die sich immer noch nicht zu dem Standpunkt durchgerungen haben, daß Schlagwetterbildungen und je nach den Umständen auch Ansammlungen, zu den unangenehmen Begleiterscheinungen des Abbaues mancher, ja der meisten Kohlenflöze unseres Reviers gehören. Statt bei einer Schlagwettermeldung diese in dem genannten Sinne aufzufassen und sachlich die technisch notwendigen Konsequenzen zu ziehen, wird vielfach ein heilloser Zauber gegen die zunächst beteiligten Betriebspersonen unternommen, um ihnen in einer vielfach von den Verhältnissen des Bergbaues geschaffenen Lage ein direktes Verschulden zuzuschieben. Die Formel über Schlagwettermeldungen darf nicht etwa dem Sinne nach so lauten: „Schlagwetteransammlungen müssen unbedingt gemeldet werden, aber es darf keine Schlagwetteransammlungen geben". Und wenn's nun doch einmal welche gibt? — —

Des weitern heißt es an einer Stelle, ein Arbeitgebervertreter meinte der Antrag Steger (er hat die Notwendigkeit des Vorhandenseins einer Benzinsicherheitslampe bei allgemeiner Verwendung elektrischer Beleuchtung, zwecks Feststellung von Schlagwettern in den gefährdeten Betriebspunkten der Gruben verlangt) könne nur von jemand gestellt sein, der vom Bergbau keine Ahnung gehabt habe. Dieser Satz hat bei uns ein Lächeln hervorgerufen, und wir möchten ihn lieber umkehren und auf den Ablehner des Antrages, den Herrn Arbeitgebervertreter, anwenden.

Wenn es in dem Bericht auch heißt: „Ihm wurde in entsprechender Weise erwidert", so möchten wir doch auch hier noch einmal betonen, daß jeder Fachmann volles Verständnis für einen solchen Antrag hat, und daß derselbe absolut keine fachmännische Unkenntnis, sondern das Gegenteil erkennen läßt. Warum? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir wieder auf eine in diesem Blatte schon hingewiesene Tatsache zurückkommen, d. h. auf die Frage, auf welche Ursachen sind sehr wahrscheinlich die meisten Schlagwetter- bezw. Kohlenstaubexplosionen zurückzuführen. Wir hatten damals als diejenige Ursache die Sprengschüsse bezeichnet, nicht aber die von einem Sachkundigen gehandhabte Sicherheitslampe. Wenn man aber Explosionen genannter Art möglichst einschränken will, so muß man vor allem die Möglichkeit haben, etwa vorhandene Schlagwetter feststellen zu können. Dies geschah aber bisher mittels der Benzinsicherheitslampe (in den meisten Fällen). Sollte ein anderer Apparat das Vorhandensein der gefährlichen Gase noch gefahrloser anzeigen, dann wird selbstverständlich, das sind wir, ohne ihn befragt zu haben, sicher, der vorgenannte Antragsteller sich sicher auch für diesen Apparat entscheiden. Ob der Schlagwetteranzeiger „Wetterlicht", der zur Einführung kommen soll, den Anforderungen in dieser Beziehung entspricht, muß die Zukunft lehren.

Fest steht aber, dem Arbeiter muß ein zuverlässiger Schlagwettermelder zur Verfügung stehen, weil er ja nach dem Vorhandensein von Schlagwettern, seiner Arbeitsweise einrichten muß. Diese Möglichkeit dem Arbeiter entziehen, wäre kurzsichtige Vogelstraußpolitik. R . . . r.

■

Die Notlage der Frankenlohn- u. Franken-Sozial-Rentenempfänger außerhalb des Saargebietes

Am Sonntag, den 21. Februar, tagte in Wadern eine vom Gewerkverein christl. Bergarbeiter einberufene Konferenz der christl. organisierten Frankenlohn- und Franken-Sozial-Rentenempfänger. Schon der außerordentlich starke Besuch der Versammlung zeigte auch dem Nichtunterrichteten, daß die mehrere Stunden weit (von Saarburg bis Birkenfeld) zur Versammlung Herbeigeeilten dieser Tagung außerordentliche Bedeutung zuerkannten. Mehr als 800 Männer der harten Arbeit und Arbeitsveteranen waren erschienen. Vertreter der Presse, die Geistlichkeit, die Bürgermeister des Hochwaldgebietes und der Landrat von Wadern waren anwesend. Kamerad Lenhart-Illingen, welcher die Konferenz leitete, teilte bei der Eröffnung mit, daß der Reichstagsabgeordnete und Mitglied des Ausschusses für die besetzten Gebiete, Herr Hoffmann-Ludwigshafen, im letzten Moment am Kommen verhindert, daß dafür aber der Reichstagsabgeordnete Herr Prof. Dr. Kaas-Trier erschienen sei. Dieser wurde von der Versammlung lebhaft begrüßt. Lenhart führte bei der Eröffnung ungefähr folgendes aus:

Die heutige Konferenz ist notwendig, um die verantwortlichen Stellen im Reich und in den einzelnen Ländern erneut auf die Katastrophe aufmerksam zu machen, die sich unter den Frankenempfängern, welche ihren Lebensunterhalt in Reichsmark bestreiten müssen, entwickelt. So wie sich im Hochwaldgebiet auf Grund des Fleißes und der großen Sparsamkeit der Bevölkerung in der Vorkriegszeit ein gewisser Wohlstand bemerkbar machte, so zeigt sich jetzt überall Elend und Not. Den Arbeitern, welche in Franken entlohnt werden, verbleibt nach Abzug der notwendigen Werbungskosten, wie Fahrgeld von und zur Arbeitsstelle, Mehraufwand für Beköstigung am Arbeitsort usw. nicht mehr soviel, um die bescheidensten

dürfnisse der Familien zu bestreiten. Wenn die im Wirtschaftsleben Tätigen schon Not leiden, es eine bittere Tatsache, daß Unfallrentenempfänger, Pensionäre, Witwen und Waisen bei ihren Frankenbezügen hungern. Der Redner wies auf hin, daß es außerordentlich schwierig sei, die Pensionen und Renten an der Saar so zu gern, wie dies notwendig wäre, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Die Inflation Franken vernichte jegliche Besserstellung.

Wenn bei schwerer Arbeit der Vater seiner Familie Monat 40 bis 50 Mark nach Hause bringe, dann es nicht verwunderlich, wenn dieser mißmutig sei dem Gedanken zuneige, die Arbeit unter diesen Bedingungen aufzugeben. Dies dürfte unter keinen Umständen vorkommen. Die Arbeitsstellen an der müssen den außerhalb Wohnenden erhalten bleiben. Dann führt er weiter aus:

Wenn zu diesen schlechten Verhältnissen auch noch Zollschwierigkeiten hinzu kommen, dann ist das voll. Was die täglich fahrenden Arbeiter allein Zeit opfern müssen, läßt sich diesen nicht ersetzen. Minuten auf jeder Tagesfahrt ergibt bei 300 Jahr rund 400 Stunden oder 50 Arbeitstage (zu 8 Stunden) Aufenthalt auf den Zollstellen. Ein gewaltiger Verlust an Zeit, der nutz- und einbringender in der Familie verwandt werden könnte. Diese Ursachen haben die beiden Bergarbeiterverbände an der Saar veranlaßt, der Reichsregierung und den Regierungen der in Frage kommenden Länder eine ausführlich begründete Denkschrift zu überreichen, in welcher die Notlage dargestellt und die Hilfsmaßnahmen gekennzeichnet sind. 350 000 Mark sowie die Erstattung der Fahrtkosten, welche auf Vorschlag des Ausschusses für die besetzten Gebiete genehmigt wurden, sind ein Tropfen auf einen heißen Stein. Unter allen Umständen wird erwartet, daß in diesem Gebiet ausreichend und genügende dieser Zustand anhält, geholfen wird, wenn nicht schwere Schäden entstehen sollen.

Tieferschütternd waren die Aeußerungen der einzelnen Diskussionsredner. Ein alter pens. Bergmann und früherer Knappschaftsältester legte dar, daß man im ganzen Leben ja nicht auf Rosen gebettet wäre, daß das Brot und harte Arbeit ständige Begleiter der Hochwaldbevölkerung gewesen seien. Aber so wie jetzt seien die Zustände noch nie gewesen. Ganz besonders arm seien die Pensionäre und Witwen dran. Wenn nicht bald Hilfe gewährt würde, dann sei das Schlimmste zu befürchten. Jahrzehntelang haben wir höhere Beiträge in Gold zu den Pensionskassen und der Invalidenversicherung bezahlt. Und heute erhalten wir die karge Pension in entwerteten Franken ausbezahlt. Wenn Preußen sagt, so führte der Redner weiter aus, wir können ans Land nichts zuschießen, dann erinnere ich daran, daß wir früher dem Staate Millionen Reingewinne erarbeitet haben. So wie dieser alte pens. Bergmann, haben mehrere geäußert.

Ein aktiver Bergmann mit fünf Kindern unter Jahren erklärte, daß ihm das Herz bluten würde, er des Sonntags heimkäme und seine Kinder Er könne ihnen nicht einmal satt Brot zu essen geben. An die Zahlung der Schuldenzinsen für sein neuerbautes Häuschen sei nicht mehr zu denken. Und dies bei meiner harten Arbeit. — Ein anderer aktiver Bergmann erklärte: meine Kinder leiden gerade keinen Hunger, Kartoffel und Brot haben sie, weil ich noch etwas Landwirtschaft betreibe. Aber bei meinen 10 Kindern fehlt jegliche Bett- und Leibwäsche. — Ein weiterer Diskussionsredner sagte zum Schluß seiner Ausführungen: Wenn man der Industrie Millionen von Unterstützungen als Entschädigung für den Ruhrkampf gewährte, dann darf man uns, die wir auf sehr bedrängter Stelle ausharren, auch nicht vergessen.

Der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Kaas-Trier der dann das Wort nahm, erklärte, daß ihm die Gesamtverhältnisse nicht unbekannt seien. Er kenne auch den Fleiß und die große Sparsamkeit der Bevölkerung. Er freue sich insbesondere, daß die Aussprache so ruhig und sachlich, aber auch bestimmt gewesen sei. In den letzten Jahren habe er stets bei allen verantwortlichen Stellen auf die große Not hingewiesen und die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen, Erleichterungen zu schaffen, unterstützt. Persönlich hätte er sich mit dem Leiter der heutigen Tagung vor Monaten über die Not unterhalten und dann die bekannten Anträge im deutschen Reichstage mit seinen Freunden Imbusch, Hoffmann und dem Kollegen Abgeordneten Kirschmann von den Sozialdemokraten gestellt. Die heutige Versammlung würde ihn erneut bestärken, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu versuchen, daß recht bald ausreichende Hilfe gewährt würde. Die Not wäre ja in den übrigen Teilen unseres Vaterlandes, besonders bei den Arbeitslosen, unter den kleinen Landwirten und kleinen Winzern auch sehr groß. Wie dort, müßte auch hier unter allen Umständen geholfen werden. Prof. Dr. Kaas ging dann auf Locarno ein und sagte: Der Geist von Locarno muß die Grundlage geben, daß die gewünschten Zollerleichterungen geschaffen werden. Reicher Beifall lohnte den Herrn Abgeordneten.

Nachdem noch als Vertreter der Behörden, Herr Bürgermeister Basten von Freudenberg und die Vertreter des christl. Metall- und christl. Keramarbeiterverbandes gesprochen hatten, wurden die praktischen Vorschläge bezüglich Erstattung der Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle, Verteilung der Unterstützungen, erörtert. Die Organisationen wurden beauftragt, diese Vorschläge den in Frage kommenden Stellen umgehend zu unterbreiten. Ferner wurde der Leiter der Versammlung beauftragt, die einstimmig angenommene Entschließung der Reichsregierung und den Regierungen der Länder Preußen und Oldenburg zu übermitteln.

Sicherlich hat die Reichsregierung und die Regierung von Preußen und Oldenburg Verständnis für die große Not und gewähren recht bald ausreichende Mittel.

Entschließung.

Die heute am 21. Febr. 1926 zu Wadern tagende Versammlung der Frankenlohn- und Franken-Sozial-Rentenempfänger des Hochwaldgebietes erkennt nach eingehender Aussprache und auf Grund der Darlegungen des Gewerkschaftssekretärs Lenhart-Illingen und des Reichstagsabgeordneten Prälat Dr. Kaas-Trier an, daß die Regierung des Reiches gewillt ist, die Not, die eine Folge des Kriegsausganges ist, unter den vorbezeichneten Personen zu lindern.

Die vorläufig zur Verfügung stehenden Mittel, um deren baldige Auszahlung wir bitten, sind unzureichend.

Die Konferenz ersucht die gewerkschaftlichen Organisationen, bei den in Frage kommenden Stellen um weitere Hilfe vorstellig zu werden. Die kommunalen und staatlichen unteren Verwaltungsstellen, sowie die Gemeinden, sind z. Zt. leistungsunfähig. Aus diesem Grunde erwartet die Konferenz, daß die Regierungen der einzelnen Länder wesentliche Zuschüsse zu den vom Reich zur Verfügung gestellten Mitteln leisten.

Die Notlage des vorbezeichneten Personenkreises und die Hilfsmaßnahmen sind in der Denkschrift, welche die gewerkschaftlichen Organisationen am 6. 11. v. Js. der Reichsregierung unterbreiteten, gekennzeichnet. Das uns nach Abzug von Fahrgeld, Mehraufwand für Beköstigung und sonstigen notwendigen Ausgaben verbleibende Reineinkommen reicht nicht aus, um die bescheidensten Bedürfnisse einer Familie zu bestreiten. Unfallrentenempfänger, Pensionäre, Witwen und Waisen müssen bei ihren jetzigen Bezügen hungern. Krankheit und Siechtum machten sich in erschreckendem Maße bemerkbar. Wir fordern deswegen recht baldigen Wiederanschluß an die deutsche soziale Gesetzgebung.

Den kleinen Grenzverkehr betreffend, ersuchen wir die Reichsregierung, die diesbezügl. Verhandlungen mit Frankreich zu beschleunigen. Sollten diese Verhandlungen den kleinen Grenzverkehr nicht garantieren, dann bitten wir um Aufklärung, welche Gründe hierfür maßgebend waren.

■

Aus dem Vereinsgebiet

Verleumde nur munter drauf los ...

Nach dieser gewissenlosen Devise wird heute im Saargebiet sehr viel gehandelt. Fast täglich wissen die Zeitungen über einen Prozeß zu berichten, der wegen Verleumdung und Ehrabschneidung angestrengt werden mußte. Ohne Zweifel haben die durch den Versailler Vertrag geschaffenen politischen Verhältnisse des Saargebietes viel zu dieser Korruptionserscheinung beigetragen. Aber auch als sonstigen Motiven entsteht die Verleumdungssucht. Bekämpft irgend jemand pflichtbewußt den Sozialismus verschiedener Färbung und die damit geistesverwandten freien Gewerkschaften, dann kann er sich auf allerlei gefaßt machen. Das mußte auch der katholische Pfarrer von Spiesen erfahren, der den „frei" Organisierten ein besonderer Dorn im Auge ist. Auch seine Ehre wurde in der schlimmsten Weise herabgewürdigt. In dem angestrengten Prozeßverfahren wurde der Hauptverleumder (ein Mitglied des alten Verbandes), der

Im Werden des deutschen Staates

VI.

Auch der Vernichtung der deutschen Kaisergewalt durch die Kirche gab es nur noch Territorialgewalten, beherrscht von Gedanken des eigenen Vorteils. Gerade damals bildeten sich aus größerer Zahl die sieben mächtigsten Geistlichen Kurfürsten" aus und waren bereit, das Krönungsöl zu zerstreuen. Drei Ausländer waren damals dem Namen nach deutsche Könige: Wilhelm von Holland, Engländer und ein Kastilier. Nur um das Reich nicht auseinanderfallen zu lassen, schritt man endlich wieder zur Wahl eines einheimischen Königs. Aber auch suchen von jetzt an in erster Linie immer erst den Weg der eigenen Macht, die Mehrung der Hausmacht, nur im Nebenamte die Interessen des Reiches. Wenige nahmen bestätigen die Regel. Daß die Einheit des Reiches trotzdem, wenigstens formal, erhalten geblieben hängt damit zusammen, daß die Habsburger (der ist Rudolf, sie stammen aus der Nordschweiz und südlichen Elsaß) ihre Hausmacht schließlich soweit ausbauen konnten, daß ihre eigenen Besitzungen wie ein festes Band fast rundherum um die übrigen Reichsteile lagen, so daß sie mit der Verteidigung des Hausbesitzes zugleich den Schutz des Reichslandes gegen ausländische Angriffe übernehmen mußten. Das meiste zur Festigung der habsburgischen Hausmacht hat in seiner langen Regierungszeit (1439—1493) Friedrich III. getan, der dem es in Reichstagen soweit kam, „daß des Reiches Sicherheit auf einem Ochsenwagen dahertuhr." Aber sein Lebenswahlspruch war: A. E. I. O. U., das heißt: „Alles Erreich ist Oesterreich untertan", und durch Heiraten hat er auch verwirklicht. Dadurch kam sein Sohn in den Besitz Burgunds, des heutigen Belgiens und der Niederlande. Kaiser Maximilian erst (1493—1517) kümmerte sich dann mehr um das Reich, indem er gar eine Reform, wenigstens in loser Form, durchführte. Er gebot einen ewigen „Reichsfrieden", setzte ein verbindliches Reichsgericht" ein, erhob eine „Reichssteuer" und teilte die Verwaltung das ganze Reich in Kreise ein.

Schreckliches Unheil aber war inzwischen im führerlosen Reiche entstanden. Nicht nur, daß Ritter, Städte und Bauern sich fortgesetzt aufs blutigste befehdeten und so vielfach im eigenen Fleische wüteten, sondern durch die Macht des Reiches gingen ihm sogar z. T. für dauernd, wertvolle Gebiete verloren. Das erste war das deutsche Ordensland. Polen war allmählich der Todfeind der politischen und allmählich auch verwahrlosten Mönche geworden. In erbittertem Kampfe, bei Untätigkeit des Reiches, wurde die Streitmacht des Ordens 1410 bei Tannenberg vernichtet. Alles Land links der Weichsel (Westpreußen!) mußte an Polen abgetreten werden, das übrige Gebiet kam unter polnische Oberherrschaft. Durch polnische Einwanderung schob sich nun ein fremder Riegel durch das Deutschtum, und darauf bauerten die Polen 1918 ihre Ansprüche, die ihnen auch Westpreußen einbrachten. So wirkt geschichtliche Sünde durch die Jahrhunderte fort. — Fast noch schlimmer war der Verlust Böhmens für das Deutschtum. Seine Ursache ist die hussitische Bewegung. Religiös ist diese im Sande verlaufen, aber sie führte zur ersten nationalen Massenerhebung in der deutschen Geschichte. Es war kein Reichsheer da, das die zügellosen Bauernhaufen in Schranken gehalten hätte! Die Deutschen, die allmählich ganz Böhmen genommen hatten, wurden bis auf die Gebirge zurückgedrängt, die deutsche Universität Prag in eine tschechische verwandelt. — Auch die Schweiz ging damals verloren, zwerst für die habsburgische Hausmacht, unter Maximilian für das ganze Reich, indem sie die Durchführung seiner Reform mit Gewalt ablehnte. Dazu gingen noch vorübergehend weite Gebiete im Westen verloren, und das deutsche Holstein wurde von Schleswig aus reniert. Nationaler Verlust über Verlust.

Den einzigen politischen Lichtblick gewährt in dieser Zeit die Begründung der machtvollen Hansa (1367). Sie war die Selbsthilfe des reichen Bürgertums in den aufgeblühten Städten unter Führung des kraftvollen Lübeck. Ihr Zweck war der auswärtige Schutz des deutschen Kaufmanns, den das Reich nicht gewährleisten konnte. Deutsche Handelsniederlassungen aber gab es damals überall, in Schweden, Norwegen, Finnland, Rußland, auch England. Die Ostsee wurde zum deutschen Meer, unzweifelhaft beherrscht von der stolzen Hansaflotte, die damals eine europäische Macht darstellte. Wie groß diese war, erkennt man daraus, daß von ihr der damals mächtige Dänenkönig in offenem Kampfe besiegt wurde, und daß nach den Friedensbedingungen die Hansa sogar das Recht hatte, für die Zukunft entscheidend bei der Besetzung des dänischen Königstuhles mitzuwirken. Aber auch die Hansa mußte wieder zugrunde gehen, weil sie sich bald nicht mehr gegen die mächtigen nationalen Staaten — sie entstanden im 13. und 14. Jahrhundert überall — wehren konnte, da hinter ihr keine staatliche Macht stand; das Reich war politisch sterbenskrank, die Habsburger hatten hier eben keine Interessen. Hieraus ergibt sich die wichtige Wahrheit für heute, daß eine blühende Wirtschaft, überhaupt nationale Bedeutung, ohne genügende staatliche Macht nicht möglich ist.

Ein Gutes hatte der Untergang der deutschen Kaiserherrlichkeit: die Könige kümmerten sich von nun an sogut wie gar nicht mehr um die verhängnisvolle italienische und kirchliche Politik. Der Papst allerdings versuchte noch oft, seine Ansprüche bei der deutschen Königswahl durchzusetzen. Besonders unheilvoll äußerte sich dies in der Zeit der sogenannten „Babylonischen Gefangenschaft" im 14. Jahrhundert, wo die Päpste gänzlich unter französischem Einfluß standen, auch selbst Franzosen waren.

Mancher Gegenkönig, manche innerdeutsche Zwistigkeit hatte ihre Wurzeln in Avignon. Gänzlich wird der päpstliche Einfluß auf die deutsche Königswahl erst durch die „Goldene Bulle" im Jahre 1356 ausgeschaltet, die durch Karl IV. erlassen wurde, der selbst unter Mitbilfe des Papstes auf den Thron gelangt war.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Kirche nach ihrem Siege über die Kaisermacht schwere innere Schäden erlitt, indem sie selbst nun verweltlichte. Das ist das Zeichen des sinkenden Mittelalters. Wie im Reiche, so ruft man im 15. Jahrhundert auch in der Kirche überall nach einer „Reformation an Haupt und Gliedern". Für das Reich hat Maximilian die Neuordnung eingeleitet, für die Kirche wurden mehrere große Konzilien abgehalten (Konstanz und Basel), die aber fast ergebnislos verliefen.

Vorboten einer neuen Zeit waren reichlich vorhanden. Man hatte Sinn für nationale Güter bekommen (das Wort „Nation" taucht zum ersten Male auf dem Konzil zu Konstanz auf); die deutsche Sprache erfaßt als Gemeingut immer weitere Kreise und wird in der Entwicklung durch die Erfindung der Buchdruckerkunst gefördert, während im eigentlichen Mittelalter die Sprache aller Gebildeten und der Kirche wie des Staates die lateinische war; die wirtschaftliche Blüte wird immer größer und fördert mächtig die Geldwirtschaft; und endlich erringt die neue geistige Richtung des Humanismus und der Renaissance großen Einfluß.

Georg Rowattnick

■

sich seine Aussagen noch von andern beeiden ließ, zu einem Monat Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Jedenfalls von Gewissensbissen getrieben, hat dieser nun aus freiem Antrieb erklärt, daß die ausgesprochene und verbreitete Verleumdung jeglicher Unterlage entbehre. Da es sich bei Spiesen um einen großen Bergmannsort handelt, in dem auch die christlich Organisierten durch die Verleumdung getroffen werden sollten, soll die abgegebene Erklärung auch in unserem Organ zur Kenntnis der Bergleute gebracht und dem so schmählich Verleumdeten in etwa Genugtuung gegeben werden. Die Erklärung lautet:

Erklärung:

„Die gegen Herrn Pfarrer Peter Schmitt in Spiesen ausgesprochene Beleidigung, daß ich spät in der Nacht aus dem Pfarrhause eine Frauensperson habe herauskuschen sehen, — man könne darüber denken wie man wolle — nehme ich mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns als völlig unwahr zurück. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich zu obigem Gerüchte, das ich verbreitet habe, keine Unterlagen hatte."

Spiesen, den 4. Februar 1926.

gez.: Karl Denne.

•

Zollschwierigkeiten in der Pfalz

Die Abfuhr der Deputatkohlen von Grube Frankenholz hat unseren Bergarbeitern aus den Gemeinden Dunzweiler, Schmittweiler und Umgegend eine Reihe Schwierigkeiten verursacht. Sie mußten sich deshalb an die französische Zollverwaltung wenden, um hier die notwendigen Erleichterungen zu erzielen. Auf eine diesbezügliche Eingabe trifft nunmehr von der Zolldirektion nachstehende Antwort ein:

Neunkirchen, den 18. 2. 1926.

An den Gewerkverein christl. Bergarbeiter,
Neunkirchen.

Den Bergleuten von **Schmittweiler** wird gestattet, ihre Kohlen über den Weg Frankenholz—Nordfeld—Dunzweiler, ohne besondere Vorstellung auf dem Zollbüro, unter folgenden Bedingungen auszuführen:

1. Abgabe der Transporterklärung auf dem Lautenbacher Zollbüro 24 Stunden vor dem jeweiligen Transport.

2. Bezahlung der üblichen Gebühren (Statistische usw.) und Vorzeigung der diesbezüglichen Quittungen bei jeder Revision seitens des Zollaufsichtsdienstes.

3. Die Transporte dürfen nur an Dienstagen und Donnerstagen in der Zeit von 10 Uhr bis 14 Uhr stattfinden.

4. Die Gespanne müssen (wie üblich) mit Kautionsbinterlegungsscheinen versehen sein.

Die Bergleute von **Dunzweiler** hatten bereits dieselbe Erleichterung im Jahre 1924 erhalten.

Dielenigen von **Hengstwalder-Ziegelhütte** können ohne Umwege das höchener Zollbüro passieren.

Der Zollhauptmann:
gez.: Unterschrift.

Die Kameraden ersehen hieraus, unter welchen Bedingungen der Abtransport der Deputatkohlen möglich gemacht wird. Vielleicht ist hier in den kommenden Monaten eine weitere Erleichterung zu erreichen.

•

Achtung Steuerzahler!

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo Mitglieder auf die Rechtsschutzbüros kommen und sich beschweren, daß sie die Ehefrau, bzw. Kinder bei dem Lohnsteuerabzug nicht berücksichtigt erhalten. Bei Prüfung der einzelnen Fälle stellt sich heraus, daß die Mehrzahl der Kameraden vergessen hat, rechtzeitig die Veränderung in ihrem Familienstand bei der zuständigen Behörde zu beantragen.

Zum Beispiel: Ein lediger Kamerad heiratet am 25. März. Er muß dann sofort sein Steuerbuch vom Arbeitgeber verlangen und die Veränderung durch die zuständige Steuerbehörde (Steuerabteilung beim Bürgermeisteramt) eintragen lassen. Nur dann besteht die Gewähr, daß ihm monatlich für seine Ehefrau 30.— Fr. in Abzug gestellt werden.

Genau so verhält es sich, wenn ein Kind innerhalb des Jahres geboren wird, dann muß man das Steuerbuch beim Arbeitgeber einnehmen und die Veränderung eintragen lassen. Wer das nicht tut, läuft Gefahr, daß er nach § 7 des Steuergesetzes nicht berücksichtigt wird und die 30.— Fr., die für ein Kind monatlich steuerfrei sind, besteuert erhält.

•

Fahrpreisermäßigung für die Kameraden der Kleinbahn Merzig—Büschfeld.

Der Gewerkverein christl. Bergarbeiter, Bezirk Frauenarbeiter, hat am 28. Dezember v. J. eine Eingabe an den Herrn Landrat Klein in Merzig gerichtet, unseren Kameraden eine Verbilligung der Fahrpreise auf der Kleinbahn Merzig—Büschfeld zu ermöglichen. Bisher mußten die Arbeiter von Losheim Mk. 1,20 für Hin- und Rückfahrt bezahlen. In der Vorkriegszeit kostete die Fahrt nur Mk. 0,60. Durch Schreiben vom 16. 2. 1926 teilt uns der Herr Landrat Klein mit, daß der Aufsichtsrat sich mit der Angelegenheit beschäftigt hätte und ab 1. 3. 1926 eine Verbilligung von rund einem Drittel der heutigen Sätze eintreten würde. Die Kleinbahn hofft, damit den Arbeitern entgegen gekommen zu sein. Die Fahrt von Losheim kostet somit anstatt bisher Mk. 1,20 ab 1. 3. 1926 nur mehr Mk. 0,90. Eine ganze Reihe von Arbeitern fahren täglich nach Hause und ersparen bei 300 Arbeitstagen rund Mk. 90,—.

•

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Grube Frankenholz. Die auf hiesiger Grube vorhandenen Beschwerden geben der Belegschaft Veranlassung, den Arbeiterausschuß zu beauftragen, bei der Direktion um eine diesbezügliche Aussprache nachzusuchen. Nachdem von diesem mit einer entsprechenden Tagesordnung eine Sitzung verlangt wurde, hatte die Grube für 5. Februar den neugewählten Ausschuß bestellt. Zunächst hatte man die Ausschußmitglieder zur Belehrung und Beobachtung der inneren Grubenbetriebe auf die einzelnen Reviere verteilt. Darauf wurden die Kollegen Hettrich, Kaiserslo und Klein zum Unterstützungsausschuß, weiter die Kameraden Denzer, Kauf und Zung zum Tarifausschuß bestimmt. Bezüglich der, schon öfters der Direktion vorgebrachten Beschwerde in den Badeanstalten, wird nunmehr von dieser mitgeteilt, daß in dem Baderaum an der alten Anlage die Einteilung beschleunigt, Kleiderhaken angebracht und die Heizung weiter ausgebaut werden soll. An Schacht III will die Direktion die Brausen nochmals instand setzen. Die dringend notwendige Erweiterung dieser Badeanstalt soll, nach den Ausführungen der Direktion, möglichst noch in diesem Jahre vorgenommen werden. Die Separation in Betrieb soll fünf Brausen erhalten. Von diesen sollen drei für ältere und zwei für jüngere Belegschaftsmitglieder bestimmt sein. Weiter hatten die Hauerführer, Schachtschüler und Rücker sich seit Monaten darüber beschwert, daß die Grube zu dem Tarifsohn nur geringe Zulagen zahle. Der Arbeiterausschuß hatte auch in dieser Sitzung die Direktion ersucht, doch hier genau so zu verfahren, wie dies auf den anderen Saargruben der Fall sei. Die Direktion gibt an, sie sei nicht gewungen, besondere Zulagen zu geben. Es müsse vorerst beim Alten bleiben.

Die Belegschaft hat weiter den Arbeiterausschuß ersucht, endlich bei der Direktion auf eine Besseitigung der Voranmeldung zum Bezuge von Deputatkohlen zu drängen. Die Verwaltung lehnte ein Entgegenkommen ab und betont, die Belegschaft möge auch Rücksicht auf den Kohlenversandt nehmen. Abgelehnt wird die Gewährung von Lohnzulagen an die Ueberstundenarbeiter. Eine Bedürfnisanstalt an der Separation wird zugesagt. Im Schlafhaus will die Direktion Vorhänge anbringen lassen und eine Reparatur der Fenster vornehmen. Die Direktion lehnt die Einreihung der Schlackenzieher in die zweite Lohnklasse ab. Die ohne Nummer gekörderten Kohlenwagen sollen in Zukunft auf sämtliche Kohlenarbeiter aufgerechnet werden. Auch wird von der Direktion die Bezahlung des Wagenkontrolleurs mit dem durchschnittlichen Hauerverdienst abgelehnt. Der Wunsch der Seilbahnarbeiter auf Wiedereinführung der normalen Arbeitszeit sei durch Einlegen eines weiteren Drittels bereits erledigt. Die Direktion sagt zum Schlusse Pünktlichkeit bei dem Beginn der Seilfahrt zu.

•

Grube Reden. Die Kameraden klagen über unzulässige Lampenkosten. Ohne daß oft ein Kamerad etwas von einer Beschädigung wisse, erhalte er Lampenreparaturkosten abgezogen, manchmal bis 20 Fr. Betrage man den Meister A. der elektrischen Lampenlaue nach dem Wohet der Kosten, bekomme man darüber keine Auskunft, wohl aber hochmütige Belehrungen über „Anstandsregeln". Ist es doch Geplogenheit der Bergleute, untereinander das kameradschaftliche Du zu gebrauchen, das auch in Anwendung bleibt, wenn mal ein Kumpel zur hohen Würde eines Aufsehers oder Meisters aufsteigt. Redete da ein Kumpel nun den Meister A. der Lampenkaue an: „Wie kommt es, daß Du mir wieder Lampenkosten notiert hast" und erhält zur Antwort: „Wie kommen Sie dazu **mich** mit Du anzureden!" O verletzte Würde! Uns fällt da ein altes Volkssprichwort ein, das wir aber nicht zu zitieren brauchen, weil es jedermann kennt. Anstatt dem Kumpel auf seine Frage Antwort zu geben, redet der hohe Meister von „unverschämter Kerl", „ich verklage Sie wegen Beleidigung" und was dergleichen Unsinn mehr ist. Es ist aber nicht das erstemal, daß sich der „ein"-gebildete Mann so benimmt. Jedenfalls ist es das Recht der Arbeiter, sich danach zu erkundigen, woher die Lampenkosten stammen. Wenn sie dabei die Du-Anrede einem Arbeiter — mehr ist doch auch der Aufseher der Lampenkaue nicht — gegenüber anwenden, dann soll er sich nicht mehr dünken, als unser Herrgott, den wir doch alle mit Du anreden. Wer sich gegen eine solche Anrede beschwert, macht sich lächerlich. Auch da fällt uns das Sprichwort ein: Jeder blamiert sich so gut als er kann.

•

Grube Velsen. Die Kameraden der Abteilungen 1, 3 und 6 beschweren sich über die Behandlung, die ihnen durch den Fahrsteiger B. zuteil wird. Die Kameradschaften werden durchweg mit 8.40 bis 9.50 Fr. entlohnt. Solche Beamte erkennen sich natürlich der Gunst der französischen Grubenverwaltung, auch wenn sie unter der früheren Herrschaft umgekehrt scharwenzelten. Zwei Monate 1925 in Frankreich gewesen und zum Fahrsteiger avancieren, besagt viel. Die Arbeiter werden kurz gehalten und können mit ihrer Familie Hunger leiden. Wenn nur die obere Verwaltung einem „anädig gesonnen" ist. Das sind Beamte!

•

Grube Frankenholz. Bei der Urlaubsgewährung der letzten Zeit zieht die hiesige Grubenverwaltung die, im Laufe der vergangenen Monate unentschuldigt gefeierten Schichten, vom Urlaub ab. Nicht selten verliert der Kamerad dadurch den größten Teil seines Urlaubs. Genügte eine gegebene Entschuldigung einem Beamten nicht, wurde die gefeierte Schicht einfach als unentschuldigt eingetragen. Es erscheint deshalb notwendig, daß unsere Kameraden sich in diesen Fällen stets entschuldigen, inwieweit der Beamte die vorgebrachte Entschuldigung als ausreichend anerkennt.

•

Grube Berbach und Wellesweiler. Zur Bewachung der beiden Schachtanlagen hat die Grubenverwaltung nur fünf Wächter angestellt. Sonnsam wird von diesen darüber gewacht, daß sich kein Uebertagsarbeiter irgend einmal gleich zu welchem Zweck zu lange von seiner Arbeitsstätte entfernt. Auf der Nachtschicht wird an den Kauen Gespenster gleich, durch die Fenster beobachtet, nicht einem Arbeiter einmal die Augen zufallen. Anzeige ist dann bestimmt zu erwarten. So hat Wächter getreu ihres Amtes gewaltet. Kommt es so ungefähr gegen Mitte des Monats Februar vor, besbande, verschafft sich Eingang in die Büros und räume und stiehlt den mehrere Zentner schweren Schrank. Die Diebe gingen bei ihrer Arbeit auf von der Vermutung aus, daß in diesem Schranke Gelder befinden, die am anderen Tage zur Auszahlung der Belegschaft verwandt werden sollten. Ungestört die Arbeit vollendet werden. Der Schrank mit Inhalt wurde fortgeschafft und blieb bis heute verschwunden. Als man die „Wächter" von diesem Streich Diebesbande in Kenntnis setzte, will man erstaunt sichter bemerkt haben. Auch soll die Betriebsleitung über die Mitteilung nicht sehr erfreut gewesen sein. Wächter aber werden ihre bisherige „wachsame" keit den Arbeitern gegenüber fortsetzen.

In der Ueberwachung der Betriebe und der Belegschaft kann die Arbeit der Grubenverwaltung sich nicht erschöpfen. Zunächst verlangt die Arbeiterschaft von Oberbergrat Frankenholz, daß endlich die Fußwege einmal in Ordnung gebracht werden. Schon sehr oft hatte man diesen Mißstand hingewiesen. Nichts ist bisher geschehen. Die Belegschaft muß weiter durch Schlamm und Nässe waten. Weiter verlangt die Belegschaft an der Schachtanlage Wellesweiler, daß man sich bemüht, den Schacht an der Schachtanlage Wellesweiler entsprechend vergrößerten Belegschaft auszubauen. Der Förderkorb heute nur wenige Belegschaftsmitglieder. Die Seilfahrt dauert heute derart lang, daß es den auswärtigen Belegschaftsmitgliedern oft nicht möglich wird, die Züge zur Heimfahrt zu erhalten.

•

Dienstanweisung betr. Kündigung und Entlassung. Am 15. Februar d. Js. gab die Direktion Saarbrücken folgende Dienstanweisung heraus, die zur Beachtung der Kameraden empfehlen:

„Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen scheidet der entlassene Arbeiter mit dem Tage der Entlassung und der gekündigte Arbeiter mit dem Tage der letzten Schicht bezw. mit Ablauf der Kündigungsfrist aus der Werksarbeit aus.

Es kommt nun öfters vor, daß Arbeiter, denen die Arbeit gekündigt wurde, sich vor Ablauf der Kündigungsfrist einen Krankenschein nehmen. Verlangt ein solcher Arbeiter innerhalb der Kündigungsfrist einen Krankenschein, so muß ihm derselbe ausgestellt werden. In jedem Falle ist aber sofort dem Service Social über die Ausstellung eines Krankenscheines an den gekündigten Arbeiter Mitteilung zu machen.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß mit dem Tage des Ausscheidens aus der Arbeit, auch wenn der Arbeiter über diesen Zeitpunkt hinaus krank sein sollte, die Verbindung zwischen der Administration und dem feiernden Arbeiter aufhört und nur bis zum Tage des Ablaufs der Kündigungsfrist das Frauen- und Kindergeld zahlt wird und die Verwaltung übernimmt nur bis zu diesem Tage die Vermittlung bei der Auszahlung von Vorschüssen auf Krankengeld. Arbeiter, die nach dem Ausscheiden noch Vorschuß auf Krankengeld verlangen sind an den Knappschaftsverein zu verweisen.

Le Chef du Service Ouvrier
gez. Messing."

•

Tauschmann sucht Hauer August Bernhard zur Belegung von Grube Altenwald nach Grube Friedrichstal. Meldung beim Kassierer der Zahlstelle Friedrichstal, August Krieger, Breitestraße 6.

Ferner ein Kamerad, der als Hauer auf Grube Friedrichstal ist, einen Tauschmann zur Belegung von Grube König. Diesbezügliche Mitteilungen sind an das Bezirksbüro Neunkirchen, Wilhelmstraße 28, zu richten.

•

Nachrufe. Unser lieber Kamerad Brachmann ist gestorben. Dem treuen Gewerkschaftler werden wir stets gutes Andenken bewahren.

Der Vorstand der Zahlstelle Limbach.

Ein fast endloser Leichenzug bewegte sich vor kurzem durch unseren Ort. Galt es doch unserm lieben Kameraden und treuen christlichen Gewerkschaftler Nikolaus Klauck zu Grabe zu tragen. Viele Jahre hindurch war er ein Mitglied unserer Bewegung. Wir werden seiner immer in Ehren denken. Der Vorstand der Zahlstelle Dudweiler.

Am 11. Februar starb unser Kamerad Franz Becker. Ein aufrichtiger christlicher Gewerkschaftler ist mit ihm dahingegangen. Er war Mitbegründer unserer Zahlstelle. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Vorstand der Zahlstelle Alsfassen-Sitzerath.

•

Danksagung. Am 17. Februar veranstaltete die Zahlstelle der Grube Mellin eine Sammlung zu Gunsten der Hinterbliebenen des tödlich verunglückten Kameraden Matthias Klauck aus Gusenburg. Die Sammlung brachte den Betrag von 323,50 Fr. Dieser Betrag wurde mir richtig ausgehändigt und sage ich hiermit den Gebern recht herzlichen Dank.

Gusenburg, den 25. Februar 1926.

Der Vater Johann M. Klauck.

Aus Anlaß des tödlichen Unfalles meines Mannes veranstalteten die Belegschaften der Gruben König und Schmelz eine Sammlung. Mir wurde ein Betrag von 991,75 Franken sowie 42 Franken aus der Kranzkasse der Abteilung 20 überwiesen. Sage hiermit allen Gebern für ihre Hochherzigkeit recht herzlichen Dank.

Kleinottweiler, den 25. Februar 1926.

Witwe Reinhard K.

•

Bekanntmachung

Der 10. Wochenbeitrag (Woche vom 28. Februar bis 6. März) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: P. Kiefer, Saarbrücken. Verl. des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands.
Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A.